

zerfiel dann bald wieder, teils infolge des entschlossenen Vorgehens der Engländer gegen Dänemark, das von Nelson in der Seeschlacht bei Skopenhagen überwältigt wurde, teils durch die Ermordung des Kaisers Paul, der die Seele des Bundes gewesen war. Bald darauf, im Jahre 1801, besetzte Preußen Hannover, um einer Besetzung dieses Nachbarlandes durch die Franzosen oder Russen zuvorzukommen und um die kriegerischen Möglichkeiten zu verhüten, die daraus hätten entspringen können. Napoleon sah darin zwar eine Verletzung der französischen Interessen; aber, da bald darauf der Friede mit England zu Amiens (1802) geschlossen wurde, so kam es deswegen zu keiner ernstern Verwicklung, und Hannover wurde natürlich nun von Preußen an England zurückgegeben. Inzwischen war im Februar 1801 der Reichsfriede von Lunéville zustande gekommen, in dem Kaiser und Reich in die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich gewilligt hatten; am 23. Mai 1802 schloß Preußen mit Frankreich einen geheimen Vertrag über die Entschädigungen, die es deswegen aus säkularisiertem geistlichem Gebiet erhalten sollte. Frankreich bewilligte ihm einen Teil von Münster, ferner Baderborn, Hildesheim, das mainzische Eichsfeld, Erfurt, die Abteien Essen, Elten und Werden. Die Reichsdeputation von 1803 bestätigte diese Abmachungen, und die „Entschädigungslande“, wie man diese neuen Gebiete nannte, wurden nun unter Leitung des Ministers von der Schulenburg durch Stein und andere Verwaltungsbeamte als Provinzen des preußischen Staates eingerichtet. Stein brachte dabei manche reformatorische Gedanken auf die Bahn; unter anderm hätte er gern die Landstände in zeitgemäßer Umgestaltung dort beibehalten; doch ist er mit diesem Plan nicht durchgedrungen.

Damit war vorläufig die langwierige kriegerische Verwicklung beendet, zu der die Einmischung Oesterreichs und Preußens in die inneren Verhältnisse des revolutionären Frankreichs 1791 den Aufstoß gegeben hatte und in die dann auch England mit hineingezogen worden war. Aber der Friede von Amiens war nicht von langer Dauer. Im Jahre 1803 brach der Krieg zwischen Frankreich und England von neuem aus; und jetzt ließ Napoleon sofort Truppen nach Deutschland marschieren, um das englische Hannover zu besetzen. Dem preußischen Hofe war vorher davon Anzeige gemacht worden, aber man war dort zu ängstlich, um Einspruch dagegen zu erheben und etwa die Besetzung Hannovers zur Sicherung der eigenen Neutralität wieder selbst vorzunehmen. Ende Mai 1803 rückte der Marschall Mortier in Hannover ein, und nun spürte man in Preußen den Druck, den die französische Besetzung auf die eigene Grenze ausübte. Indessen der richtige Moment war veräußt, und es blieb Preußen schließlich nichts übrig, als die Besetzung Hannovers durch die Franzosen im April 1804 förmlich anzuerkennen. Der mildere Zug, der in das früher sehr harte und drückende Regiment der Franzosen in Hannover kam, seit Mortier im Juni 1804 durch Bernadotte ersetzt wurde, änderte nichts an der Gefährdung der Ruhe und Neutralität Preußens, die durch die französische Besetzung des Nachbarlandes herbeigeführt war.

Aber auch jetzt blieb es noch immer die leitende Idee der preußischen Politik, die Aufrechterhaltung der Neutralität durchzusetzen. Man dachte zuerst daran, sich auf dem Kontinent durch Verbindungen nach beiden Seiten hin, mit Frankreich und mit Rußland, zu sichern — beide Mächte standen ja zunächst

noch in gutem Einvernehmen mit einander —, dabei England gegenüber jede Gelegenheit zu kriegerischer Verwicklung zu vermeiden. Als dann aber der Bruch zwischen Napoleon und Rußland erfolgte, und Napoleon nun auf den Anschluß Preußens an Frankreich drang, da trat vielmehr eine Annäherung an Rußland ein: in einem Abkommen vom 24. Mai 1804, das Hardenberg abschloß, wurde in Aussicht genommen, unter Umständen, nämlich wenn Napoleon von Hannover aus weiter um sich greife, gemeinschaftlich Krieg gegen ihn zu führen. Das Hauptbestreben der preußischen Politik blieb aber zunächst, Napoleon mit Kaiser Alexander womöglich zu versöhnen, damit man wieder nach beiden Seiten hin Anlehnung suchen könnte, um England gegenüber die Neutralität zu behaupten. Vergeblich hat damals Napoleon Preußen zu locken gesucht durch das Angebot Hannovers und durch die Aussicht auf ein preußisches Kaisertum in Norddeutschland, das dem kurz vorher proklamierten Osterreichs die Wage halten sollte; mit der Anerkennung des Kaisertitels Napoleons, der zu allem diesem den Anstoß gegeben hatte, war ja Preußen 1804 vorangegangen, während sich der Kaiser von Rußland noch nicht dazu entschließen konnte. Es lag aber dem schlichten und gesunden Sinn Friedrich Wilhelms III. sehr fern, auf diese Lockungen Napoleons einzugehen, an dessen Seite er doch niemals als vollgültiger Bundesgenosse, sondern nur als abhängiger Vasall gestanden haben würde. Das Ziel, das die preußische Politik damals unter dem vorwiegenden Einfluß Hardenbergs verfolgte, war die Gründung eines deutschen Staatenbundes mit dem friedlichen Dualismus der beiden Großmächte Preußen und Osterreich. Im übrigen blieb man in der bisherigen neutralen Haltung, bis der Krieg der dritten Koalition gegen Napoleon ausbrach und nun Bernadotte aus Hannover unter völliger Nichtachtung der preußischen Neutralität seinen Marsch durch Ansbach nahm, um die Einschließung des österreichischen Generals Mack bei Ulm vollenden zu helfen (3. Oktober 1805).

Preußen antwortete mit der Mobilmachung, aber es schritt noch nicht sofort zu kriegerischen Maßregeln. Kaiser Alexander besuchte das Königspaar damals in Potsdam; und am Sarge Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche schlossen die beiden Monarchen ein Freundschaftsbündnis, dessen gefühlvoll-schwärmerische Einkleidung mehr den phantasiervollen Naturen Kaiser Alexanders und der Königin Luise entsprach, als dem nüchternen Temperament Friedrich Wilhelms III. Der politische Niederschlag dieser engen persönlichen Verbindung war der Potsdamer Vertrag vom 3. November 1805, in der Hauptsache ein Werk Hardenbergs, der sich damit für alle Zukunft das Vertrauen des Kaisers Alexander gewann. Auch Osterreich wurde mit ins Einverständnis gezogen. Nach diesem Vertrage sollte Preußen zunächst eine bewaffnete Vermittlung versuchen zwischen Napoleon und den verbündeten Kaisern von Rußland und Osterreich, und zwar auf der Grundlage des Friedens von Lunéville, also ohne neue Abtretungen Osterreichs und ohne weitere Schwächung seiner Stellung im Reich. Scheiterte dieser Vermittlungsversuch, so sollte sich Preußen selbst spätestens bis zum 15. Dezember 1805 der Koalition anschließen. Es wurde in Aussicht genommen, daß Preußen dann Hannover besetzen und bei einem günstigen Ausgang des Krieges auch behalten sollte.

Der König war aber auch jetzt noch bemüht, den Frieden um jeden Preis zu bewahren. Darum wurde mit dem Vermittlungsversuch nicht Hardenberg,

sondern sein Kollege Haugwitz beauftragt; der König erteilte ihm persönlich mit Umgehung Hardenbergs eine Instruktion, die mehr seinen friedlichen Absichten als der getroffenen Vereinbarung entsprach. Haugwitz handelte also nicht bloß auf eigene Hand und darf nicht allein für das, was folgte, verantwortlich gemacht werden. Er meldete sich absichtlich sehr spät, erst Ende November, bei Napoleon und ließ sich dann so lange hinhalten, bis die Schlacht von Austerlitz geschlagen war (2. Dezember), in der die Macht der Koalition zusammenbrach. Es kam dann gar nicht mehr zu einem Vermittlungsversuch auf der in Aussicht genommenen Grundlage, sondern Haugwitz ließ sich dazu herbei, am 15. Dezember 1805 in dem Schlosse Schönbrunn bei Wien einen förmlichen Bündnisvertrag mit Napoleon zu unterzeichnen. In diesem Vertrage willigte Preußen in die Abtretung von Ansbach, das Napoleon an seinen Verbündeten, den Kurfürsten von Bayern, gab, ferner wurde Cleve mit Wesel und Neuschätel an Napoleon selbst überlassen; dafür erhielt Preußen jetzt aus Napoleons Händen Hannover, das es sich aber, da die Franzosen abgezogen waren, erst selbst nehmen und dann weiterhin gegen England behaupten sollte; schließlich mußte sich Preußen jetzt auch zu einem förmlichen Schutz- und Trutzbündnis mit Napoleon bequemen und sogar die Abtretungen, die dem Kaiser von Osterreich in dem künftigen Frieden zugemutet werden sollten, wie die von Tirol an Bayern und ähnliche Gebietsveränderungen, seinerseits gutheißen. So schmähschlich hatte sich Preußen nun doch von seiner Neutralitätspolitik abdrängen lassen. Aber damit war es nicht genug. Es war in Aussicht genommen worden, daß dieser Vertrag binnen drei Wochen ratifiziert werden sollte. Der König tat dies aber am 4. Januar 1806 nur mit Vorbehalten und Änderungen und schickte Haugwitz mit dem veränderten Vertrag nach Paris, indem er zugleich das Heer wieder auf Friedensfuß setzte. Napoleon, der inzwischen mit Osterreich den Frieden von Presburg geschlossen hatte, ließ sich jedoch gar nicht auf die preußischen Abänderungsvorschläge ein, sondern legte einen neuen Vertrag vor, den nun Haugwitz ohne weiteres annehmen mußte. Das ist der Pariser Traktat vom 15. Februar 1806, der für Preußen noch weit ungünstiger und demütigender war, als der von Schönbrunn. Preußen mußte sich jetzt auch noch verpflichten, den Engländern alle seine Häfen zu schließen, und das Bundesverhältnis wurde schärfer gefaßt, so daß Napoleon die Möglichkeit erhielt, von Preußen selbst Kriegshilfe gegen Rußland zu fordern. Dieser Vertrag wurde dann notgedrungen am 25. Februar ratifiziert. Nun besetzten die Preußen Hannover und schlossen die Häfen gegen England; die Folge war der Ausbruch des Krieges mit England, 11. Juni 1806. Es dauerte nicht lange, so waren die preußischen Handelsschiffe von der See wie weggeblasen; alles, was Preußen an Handel und Schifffahrt besaß, wurde von den Engländern systematisch vernichtet; die wirtschaftlichen Leiden begannen, die später durch die Kontinentalsperre noch gesteigert wurden.

Dabei war man aber in Preußen doch weit entfernt davon, nun wirklich mit Entschiedenheit und ohne Hintergedanken auf die Seite Napoleons zu treten. Man hatte ein zu deutliches Gefühl davon, daß man an der Seite dieses Verbündeten nicht mehr als unabhängige Macht auftreten konnte. Die Verbindung mit Rußland wurde nicht abgebrochen. Im Juli 1806 wurden insgeheim zwischen Preußen und Rußland Erklärungen ausgetauscht, die dem preußischen